

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kellerei Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 2 Mk. ohne Zuzug. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstands-Konto Nr. 3. — Postkontokonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die fechtelose Postzeitung 50 Pfg., außerhalb der Hauptmannschaft 75 Pfg., im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Zeile 200 Pfg. — Eingekauft und Reklamen 200 Pfg.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 126

Donnerstag den 2. Juni 1921

87. Jahrgang

Zuckerarten Reihe 20 und 21

Die kürzlich ausgegebenen Zuckerarten Reihe 21 sind zur Deckung des Bedarfs für die Zeit vom 3. Juni bis 17. September 1921 bestimmt. Sie lauten auf 5 Pfund. Die **Zuckerarten** sind **sofort**, spätestens bis 23. Juni 1921 zur Belieferung bei einem Kleinhändler anzumelden.

Die Kleinhändler haben ordnungsgemäß und gewissenhaft **Zuckerkundenlisten** zu führen.

Zucker auf Karten der Reihe 20 darf nach dem 2. Juni 1921 nicht mehr abgegeben werden. Bezugsausweise der Reihe 20, die noch im Besitze der Kleinhändler sind, sind **sofort** an die Zwischengroßhändler einzuschicken.

Alles Nähere, die Zuckerarten Reihe 20 und 21 betr., ist aus den Bekanntmachungen des Wirtschaftsministeriums in Nr. 119 der Sächs. Staatszeitung zu ersehen.

Der **Kommunalverband Dippoldiswalde**, am 30. Mai 1921.

Sonderverteilung von 2 Pfund Einmachzucker.

Auf den Kopf der Bevölkerung sind 3 Pfund Einmachzucker zur Verfügung gestellt worden. Es werden hiervon zunächst 2 Pfund auf den Buchstabenabschnitt „T“ der Normal-

zuckerarte Reihe 21 ausgegeben. Die Abholung des Zuckers muß in der Zeit vom 3. bis 23. 6. 21 erfolgen.

Verbraucher, die an Stelle von Normalarten aus irgendwelchen Gründen Ergänzungszuckerarten erhalten haben, müssen zur Erlangung der Sonderzuweisung entsprechenden Antrag bei der Ortsbehörde bis spätestens 19. Juni ds. Js. stellen.

Bezugskarten und A-Karten sind von der Einmachzuckerbelieferung ausgeschlossen.

Der auf die Normalzuckerarte zur Ausgabe gelangende Zucker darf nur bei dem Kleinhändler entnommen werden, bei dem die Zuckerarte angemeldet ist. Der Kleinhändler hat den Abschnitt „T“ bei Belieferung abzutrennen. Der Wert der Normalkarte erhöht sich durch die Sonderzuweisung auf 7 Pfund. Die Erhöhung wird dem Kleinhändler von seinem Lieferanten ohne weiteres gutgebracht.

Wenn die Restverteilung des Einmachzuckers erfolgt, ist noch nicht bestimmt. Den Verbrauchern wird dringend empfohlen, die Stammkarte bis zum Ablauf der Zuckerarte aufzubewahren, da die Restverteilung auf Abschnitt „U“ erfolgt.

Der **Kommunalverband Dippoldiswalde**, am 30. Mai 1921.

Griek

kann in sämtlichen Verkaufsstellen abgeholt werden.
Stadtrat Dippoldiswalde.

Einspruch des Reichsfinanzministers gegen die sächsische Befoldungsreform.

Zu Beginn der Sitzung des Befoldungsausschusses des sächsischen Landtages am Dienstag gab die Regierung folgende Erklärung ab:

Der Reichsfinanzminister habe nach Veröffentlichung der Befoldungsvorlagen Nr. 41 und 42 mitgeteilt, daß darin verschiedene Bestimmungen enthalten seien, die eine günstigere Regelung der Dienstbezüge der sächsischen Beamten im Vergleich zu den zu gewertenden Reichsbeamten zur Folge hätten. Er sei deshalb bei unveränderter Annahme der Vorlagen genötigt, auf Grund des Sperrgesetzes hiergegen Einspruch zu erheben.

Der Reichsfinanzminister habe eine mündliche Erörterung dieser Frage mit der sächsischen Regierung angeregt, wie dem Ausschuss bereits früher mitgeteilt worden sei. Diese Erörterung habe am 28. Mai stattgefunden und ergeben, daß der Reichsfinanzminister mit allem Nachdruck fordere, daß jede Ueberstufung sächsischer Beamter über Reichsbeamte, soweit sie nicht in Besonderheiten der sächsischen Verhältnisse unzweifelhaft begründet sei, unterbleibe. Er habe hieran nicht nur ein Interesse aus Rücksicht auf die Reichsbeamten, für die zurzeit jede Besserstellung durch die Finanzlage des Reiches vollkommen ausgeschlossen sei, sondern auch in Rücksicht auf die drohende Rücktrittsbewegung unter den vom Reich übernommenen früheren Staatsbeamten.

Die sächsische Regierung stellte sich auf den Standpunkt, daß diese Erklärung des Reichsfinanzministers die ernsteste Erwägung des Ausschusses verdiene. Man müsse sich darüber klar werden, in welchen Punkten man es auf die schiedsgerichtliche Entscheidung ankommen lassen wolle und welche Versuche, diese Punkte auf eine möglichst geringe Zahl zu beschränken. Sei schon gegen die Regierungsvorlage in zahlreichen Punkten der Widerspruch des Reiches mit Sicherheit zu erwarten, so erscheine es durchaus bedenklich, weitere Höherstufungen vorzunehmen, sofern diese offenbar die Grundsätze der Reichsbefoldungsordnung verletzen. Die Regierung sei selbstverständlich bereit, in eingehender Einzelberatung mit dem Ausschuss zusammenzuarbeiten, um etwaige Unstimmigkeiten der Vorlage zu beseitigen, sie müsse aber davor warnen, durch umfangreiche Berücksichtigung weitgehender Wünsche nutzlose Arbeit zu leisten und Zeit zu verlieren. Die Beamtenchaft habe ein dringendes Interesse an einer baldigen Verabschiedung der Vorlage, das um so schwerer wiege, wenn man die allgemeine politische Lage und ihre künftigen finanziellen Wirkungen ins Auge fasse. Wägen eine große Reihe von Punkten offen, die durch das Reichsschiedsgericht erledigt werden müßten, so bestehe die Gefahr, daß die Befoldungsordnung auch in den nichtbeendeten Punkten des Zusammenhanges wegen nicht vor Herbst in Kraft gesetzt werden könnte. Die Regierung bittet daher, unverzüglich in die Beratung einzutreten.

Der Ausschuss nahm zu dieser Regierungserklärung eingehend Stellung. Von verschiedenen Seiten wurde auf Grund derselben festgestellt, daß bei einer solchen Stellungnahme des Reiches ein selbständiges Arbeiten des Landtages und des Ausschusses und die Schaffung einer den Wünschen des Landtages voll entsprechenden sächsischen Befoldungsordnung überhaupt nicht möglich sei. Demgegenüber betonte die Regierung, daß immerhin die Berücksichtigung sächsischer Besonderheiten gefordert werden könne, daß sie nach wie vor bereit sei, ihre Vorlage auch Berlin gegenüber nach-

drücklichst zu vertreten und hierzu die Mitwirkung erbittet. Der Ausschuss beschloß hierauf, nachdem auch den Fraktionen noch Gelegenheit gegeben ist, am Dienstag nachmittag zu dieser Regierungserklärung Stellung zu nehmen, in der Mittwochsitzung an der Hand der Petitionen und der von den Berichterstattern und Fraktionen formulierten Anträge in die Einzelberatung einzutreten.

Derliches und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Nachdem der Leichnam des Tischlergehilfen H. aus der Talsperre geborgen ist, hat es sich herausgestellt, daß seine Taschen mit Kette, sowie Brieftasche mit Inhalt fehlen. Wie festgestellt ist, haben diese Gegenstände bei den übrigen Sachen auf der Tännichgrundbrücke gelegen. Es besteht der Verdacht, daß die Gegenstände durch fremde Personen entwendet worden sind. Die Sachen werden folgend beschrieben: silberne Remontoiruhr mit Gelbrand und vergoldeter, doppelter Kavalierkette mit herzförmigem Anhänger. Gelblichbraune Kunstlederbrieftasche doppelseitig mit 3 Fächern und zirka 50 M. Inhalt und verschiedene Papiere. Sachdienliche Meldungen über den Verbleib dieser Gegenstände werden an die hiesige Polizeiwache erbeten. Gleichzeitig werden die zwei Radfahrer, welche am 25. 5. früh vor 6 Uhr die Tännichgrundbrücke passierten und den dortliegenden Hut und Stod gesehen haben, gebeten, sich in der Polizeiwache zu melden, betr. Feststellung der Personalien der Dame, welcher sie im Walde begegnet sind. Die Radfahrer sollen aus Paulshain stammen.

Heute früh 7³⁰ wurde der Leichnam des Maurers Arth. Berthold, der am 27. Mai beim Baden ertrank, in der Nähe der Unfallstelle geborgen und der hiesigen Leichenhalle zugeführt.

Dippoldiswalde. Bei der hiesigen Sparkasse erfolgten im Monat Mai ds. Js. 501 Einzahlungen im Betrage von 220 960 M. 45 Pf., dagegen wurden 520 Rückzahlungen im Betrage von 327 306 M. 42 Pf. geleistet.

Wie schon kurz erwähnt, hielt am vergangenen Sonntag die hiesige Schmiedebinnung ihr Pfingstquartal ab, das erfreulicherweise recht zahlreich besucht war. Nach Eröffnung der Versammlung ergriff Herr Schuhmachermeister Jädel, Mitglied der Gewerkeammer, das Wort und teilte mit, daß, wie von uns bereits gemeldet, der Obermeister der Innung, Herr Schmiedemeister Julius Mende, zum Ehrenobermeister ernannt worden sei; er übergab das bezügliche Diplom mit beglückwünschenden und dankenden Worten. Der neue Ehrenobermeister dankte seinerseits herzlich für die ihm widerfahrne Auszeichnung und teilte mit, daß die Innungs-Mitglieder Sportber-Dippoldiswalde, Walter-Reinholdsbain und Benisch-Kreischa zu Ehrenmitgliedern ernannt worden seien und übergab denselben die Urkunden. Als neue Mitglieder wurden Mende-Seifersdorf und Zirnstein-Kipsdorf in die Innung aufgenommen; 12 Lehrlinge wurden in die Stammtafel eingetragen. Die Jahresrechnung schloß mit 1697,43 M. Einnahmen, 1648,60 M. Ausgabe und 48,83 M. Kasseebestand ab. Die Mitgliedsbeiträge wurden, den Zeitverhältnissen entsprechend, auf 30 M. jährlich erhöht. Die Aufnahmegebühr wurde für Meister auf 30 M., für Lehrlinge auf 10 M. festgesetzt. — Schließlich wurde als Vorsitzender der Gesellenprüfungs-Kommission Rahnesfeld-Dippoldiswalde, Löser-Hirschbach zu dessen Stellvertreter und Winkler-Reichstädt als Innungskassierer gewählt, worauf das Quartal geschlossen wurde.

Die Gesellschaft „Erholung“ hielt am Dienstagabend im herrlich geschmückten Schützenhaussaale ihr diesjähriges Schlussvergügen ab. In der dem einleitenden Erholungsmarsch folgenden Ansprache des Vorstandes begrüßte dieser die so zahlreich erschienenen Gäste und Vereinsangehörigen, legte nochmals die Ziele der Gesellschaft dar und gedachte der Operette „Victoria regia“, die mit eisernen Lettern in der Vereinsgeschichte geschrieben steht. Als Theaterstück hatte die Gesellschaft einen Einakter, eine Stadtratsitzung in Schöpsheim, gewählt, das, wie auch die übrigen geselligen Vorträge, starken Beifall fand. Nach Abwicklung des Programms wurde der Abschlußball mit dem Rundgang eröffnet, dem sich die übliche gemütliche Kaffeetafel anschloß und die anwesenden Herrschaften noch eine Zeit lang zusammenhielt.

Am 30. vor. Monats hat eine abermalige Auslosung sächsischer Staatspapiere stattgefunden, von welcher die auf 3 1/2 v. H. herabgesetzten, vormals 4 zinsigen Staatsschulden-Rassenscheine von den Jahren 1852/55/58/59/62/66 und 68 sowie die durch Abstempelung in 3 1/2 zinsige und 4 zinsige Staatspapiere umgewandelten Böbau-Zittauer Eisenbahnaktien betroffen worden sind.

Altenberg. Die Prüfung der hiesigen Freiwilligen Feuerwehr, die erst auf nächsten Sonntag festgesetzt war, ist auf den 3. Juli vorm. 11 Uhr verschoben worden.

Am Sonntag früh gegen 1 Uhr kamen auf einer Nachpartie von Zinnwald eine Anzahl auswärtiger Radfahrer gefahren. Einer derselben, ein Johnsbacher junger Mann, hatte das Unglück, in der Nähe des Amtsgerichts infolge der herrschenden Dunkelheit an einen Baum anzufahren, wobei er einen Schädelbruch erlitt. Seine Kollegen hoben den Bewußtlosen auf und brachten ihn nach der Gerichtshalle, wo ihm die erste ärztliche Hilfe zuteil wurde. Der Verunglückte wurde zum Vormittagszug nach Weising gebracht und von da nach Hause transportiert.

Dresden. In der Sitzung des Landtages, am 31. Mai 1921, wurde in dritter Lesung der Gesetzentwurf über die Trennung des Richter- und Schuldienstes der Volksschullehrer angenommen. Ebenfalls angenommen wurde das Abänderungsgesetz zum Kostengesetz vom 30. April 1906, wobei besonders bemerkenswert ist, daß die bürgerlichen Minderheitsanträge mit Einstimmung der bürgerlichen gegen die sozialistischen Abgeordneten, die heute wieder einmal in der Minderheit waren, durchkamen. Sodann wurde über einen Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung der Schulgemeinden beraten, ein sozialistischer Antrag, der Einspruch gegen den neuen Reichsschulgesetzentwurf erhebt und die Regierung beauftragt, bei der Reichsregierung dagegen vorstellig zu werden, wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen und einiger Volksparteiler angenommen. Nächste Sitzung Mittwoch, den 1. Juni, mittags 1 Uhr.

Wegen Verbilligung des Vorortverkehrs ist die sächsische Regierung beim Reichsverkehrsministerium bereits mehrfach vorstellig geworden. Erst vor kurzem ist eine neue Eingabe an die Reichsregierung abgeschickt worden, die darauf hinweist, daß es eine Bevorzugung von Berlin und Hamburg bedeute, wenn allein dort der verbilligte Vorortverkehr bestehen bleibe. Mit dem gleichen Recht müsse dies auch für die sächsischen Großstädte gefordert werden. Vor allem wird in der Eingabe betont, daß die Verkehrspolitik des Reiches es den sächsischen Großstädten einfach unmöglich mache, eine gesunde Wohnungspolitik zu treiben, da die in den Großstädten beschäftigten Arbeiter ungenügend auf die weiter

entfernten Vororte wegen der damit verbundenen hohen Kosten ziehen. Nachdem sich nun auch Vapern dem Vorhaben Sachsens angeschlossen hat, hofft man, daß die Bestrebungen auf allgemeine Verbilligung des Vorortverkehrs bei allen Großstädten von Erfolg begleitet sein werden.

Pirna. Gäste von allen Seiten strömten am Sonnabend und Sonntag unserer in festlichem Schmuck prangenden Elbestadt zu, tagen hier doch die sächsischen gewerblichen Genossenschaften, sowie der Bau Sachsen im Verbands der Handelschutz- und Rabattsparevereine Deutschlands und der Landesauschuss des sächsischen Kleinhandels. Also eine Vertretung des gewerblichen Mittelstandes sehr weittragender Art, da Interessenfragen der verschiedensten Art zur Verhandlung standen. Es fanden noch die Begrüßung der Gäste auf dem Bahnhof und Sonderberatungen der Berufsgruppen in 6 Lokalen statt. Neben der Arbeit dann die Erholung und Unterhaltung, dargebracht in einem Begrüßungsabend mit einer künstlerisch vielseitig ausgestatteten Vortragsfolge, mit der die Pirnaer bei ihren Gästen viel Ehre einlegten. Der eigentliche Genossenschaftsverbandstag war der Montag.

Ein in einem Pirnaer Geschäft tätiger, in Heidenau wohnender 18 jähriger Angefallter sollte 13 000 M. an eine Bank abliefern. Der junge Mensch hat diesen Auftrag nicht ausgeführt; er ist vielmehr mit dem Betrag flüchtig geworden.

Limbach. Die städtischen Kollegien beschloßen, an Stelle der Elektrizitätswerks-Erweiterung Strom vom Oberlungkühler Werk zu beziehen und bewilligten 800 000 M. für die erforderlichen Umformer.

Grimma. In der letzten Bezirksauschussitzung wurden die Verträge über die Vereinigung der Rittergüter Altenhain, Börla, Köfneritzsch, Seelingstädt und Jshorna mit den Gemeinden gleichen Namens genehmigt, ebenso der Vertrag über die Vereinigung des Rittergutes Ködnitz mit den Gemeinden Ködnitz und Treben und der in Collmener Flur gelegenen Teile des Rittergutes Thallwitz mit der Gemeinde Collmen bei Wurzen.

Leipzig. Zu der Notiz über die Selbstbeziehung des Schweizers Storeck, daß er im April d. J. einen unbekanntem jungen Mann erstochen und in die Pleiße geworfen habe, kann mitgeteilt werden, daß, wie die weiteren umfangreichen Erörterungen der Kriminalpolizei ergeben haben, die Selbstanschuldigung Storecks nicht den Tatsachen entspricht. Dessen inzwischen ermittelte Geliebte hat den Nachweis erbracht, daß sowohl sie als auch Storeck in der fraglichen Zeit nicht in Leipzig gewesen sind. Auf Vorhalt hat Storeck dann schließlich auch zugegeben, daß seine Angaben aus der Luft gegriffen seien.

Glauchau. Das von der sächsischen Regierung gegen den Glauchauer Bürgermeister Brinc angestrebte Verfahren auf Dienstentlassung ist am Dienstag von dem sächsischen Disziplinarhof, also in zweiter Instanz und endgültig, zu Gunsten des Bürgermeisters Brinc entschieden worden, indem der Antrag der Regierung auf Dienstentlassung abgelehnt wurde. Das Verfahren war gegen Brinc angestrengt worden, weil er während der Kapp-Putsch-Tage auf Grund der Meldungen des Wolffschen Bureaus über die Flucht der Reichsregierung und die Einsetzung einer neuen Regierung die schwarz-weiß-rote Flagge auf dem Glauchauer Rathaus aufzuziehen angeordnet hatte.

Marienberg. Das hiesige Stadtverordneten-Kollegium ist infolge Herabsinkens seiner Mitgliederzahl auf 13 beschlußunfähig geworden und es muß, wie der Vorsteher in der letzten Sitzung mitteilte, eine Neuwahl erfolgen. Einmütig trat das Kollegium dieser Ansicht bei. Der Rat will bei der Oberbehörde anfragen, ob sie diese Entschcheidung des Kollegiums teilt.

Hohenstein-Ernstthal. Hier fand unter zahlreicher Beteiligung aus ganz Sachsen die 22. Tagung der Hohensteiner Konferenz statt, die 11 Sonderkonferenzen umfaßt. Nach Begrüßung durch Geh. Konsistorialrat Hempel (Dresden) sprach Privatdozent Dr. Hempel (Halle) über das Gebetsleben im Alten Testament, während sich Schulrat Eberhard (Greiz) über die neue Schulerziehung im Lichte des christlichen Ethos vertrat.

Wolkenstein. In Oberschmiedeberg kam der Besitzer Weisbach beim Brande seines Hauses bei Rettungsver suchen in den Flammen um.

Zwickau. Die beiden etwa 25 000 Einwohner zählenden Vorortsgemeinden Ober- und Niederplanitz wollen sich laut Beschluß ihrer Gemeinderäte verschmelzen und die Bildung einer neuen Stadtgemeinde mit revidierter Städteordnung anstreben.

Plauen. Als am Montag mittag der Auflader Weidhaas seine verschlossene Wohnung nach deren gewaltsamer Öffnung betrat, fand er seine in den 30 er Jahren stehende Ehefrau und seine beiden Kinder im Alter von 2 Jahren bzw. 9 Monaten tot vor. Die Frau hatte sich und die Kinder mit Leuchtgas vergiftet. Der Grund zur Tat wird in Familienangelegenheiten gesucht.

Reichenbach. Das 1200 Acker große Unterheinsdorfer Jagdrevier wurde für jährlich 6600 M. verpachtet. Bisher betrug der Pachtpreis 1300 M.

Geschäftliches. Im Interesse der vielen Studierendenden sei an dieser Stelle nochmals ganz besonders auf das Inserat des Herrn Ph. Steiner Sohn in heutiger Nummer hingewiesen.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, 31. Mai.

Die erste Sitzung nach den Pfingstferien.

Zu Beginn des neuen Tagungsabschnittes hielt das Haus heute nur eine kurze Sitzung ab. Präsident Ebe eröffnete die Sitzung nach 3 Uhr und macht dem Haus Mitteilung von dem Ableben der Abgeordneten Tuch (D. Sp.) und Dr. Diebel (Dnalt.). Ihr Andenken wird in der üblichen Weise durch Aufstehen von den Sitzen geehrt. Der Präsident teilt dann weiter mit, daß die polnischen Insurgenten den Abg. Dr. Hartmann gefangen genommen und an einen unbekanntem Ort verschleppt haben. (Weh. Pfu-

rufe.) Er habe sich sofort mit dem Auswärtigen Amt verständigt, damit die Interalliierte Kommission auf diesen Gewaltstreik hingewiesen wird, und damit sofort Anstalten getroffen werden, um den Abg. Hartmann zu befreien.

Der Präsident gedenkt dann des 75. Geburtstages des Abg. Dr. Spahn (Fr.), der 37 Jahre dem Hause angehört, und spricht ihm die Glückwünsche des Reichstages aus.

Ein Antrag des Kommunisten Höllein, den kommunistischen Antrag auf Beseitigung der Sondergerichte sofort auf die Tagesordnung zu setzen, wird abgelehnt. Nach der Beantwortung einiger kleiner Anfragen erklärt ein Vertreter des Auswärtigen Amtes, daß die Reichsregierung sich wegen der Verschleppung des Abg. Hartmann durch die Polen sofort an die Interalliierte Kommission gewandt habe, daß aber bis jetzt noch keine Antwort aus Opatowitz eingetroffen sei. Hierauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch 4 Uhr. Auf der Tagesordnung steht: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Briand vor dem Senat.

Der Ministerpräsident glaubt an den guten Willen Deutschlands.

Der französische Ministerpräsident hat am Montag im Senat die angekündigte Rede über die Londoner Beschlüsse gehalten, die im allgemeinen als eine Wiederholung seiner Erklärung in der Kammer gelten kann. Doch hat er sich besonders in der Rechtfertigung seines Vorgehens und seiner künftigen Politik Deutschland gegenüber diesmal zum Teil sehr bestimmt ausgedrückt. Zum ersten Male seit langer Zeit magte es der verantwortliche Leiter der französischen Politik, seinem Volke die Wahrheit über die Sinnlosigkeit der wahnhaften Milliardenforderungen zu sagen. Das Volk, so erklärte Briand, wolle vom Feind so viel verlangen, wie möglich sei. Deutschland solle alles zahlen, auch die Schulden der Privatpersonen. Aber hier komme dann eine Bestimmung des Vertrages in Betracht, wonach die Forderung nicht die deutsche Zahlungsfähigkeit übersteigen dürfe. Man müsse jetzt mit praktischen Realitäten rechnen.

Briand verteidigt dann den Aufschub der Ruhrbesetzung und sagt: „Das Ruhrgebiet wäre in einem Tage besetzt worden, und ich wäre für acht Tage populär geworden.“ Briand versichert, daß das Interesse des Landes wolle, daß man sich dem Vermittlungsbestreben nicht entziele. Er erklärt, daß die Londoner Beschlüsse die gefährlichen Wässer nicht demütigen sollten. Er wolle aber nicht, daß das geschlagene deutsche Volk sich als Sieger aufrichte. Die jetzige Regierung des Reiches ist ihren Verpflichtungen nachgekommen.

Aber noch keine Aufhebung der Sanktionen!

Auf die Frage, wann die Sanktionen aufgehoben würden, erklärte Briand, diese sollen erst aufgehoben, wenn Deutschland unzugängbare Beweise seines guten Willens gegeben habe. Der Ministerpräsident glaubt an diesen guten Willen, obwohl er erklärt, daß bis jetzt diese Beweise nicht so auffallend wären, daß die Sanktionen abgeschafft werden könnten.

Bayerns Entwaffnung.

Briand ergriff dann nochmals das Wort, um zu erklären, die Frage der Sicherheit habe ihn vor allem anderen beschäftigt. Die Organisationen in Bayern, wo ein beunruhigender Geisteszustand herrsche, müßten aufgelöst werden. Der Entwaffnungsplan sei von Marshall Foch ausgearbeitet worden. In der Frage der Sicherheit könne man nicht nachgeben. Die Verbündeten seien entschlossen, gegen die deutschen Imperialisten ohne Gnade vorzugehen. Falls Deutschland die Abrüstung nicht völlig durchführen sollte, würde Frankreich eventl. allein eine Aktion unternehmen. Frankreich müsse danach streben, die Beziehungen zu Deutschland wiederherzustellen. Das deutsche Volk sei ein großes Volk, aber durch den Militarismus vergiftet. Wenn Deutschland seine Verpflichtungen aufrichtig anerkenne, stehe der Wiederherstellung normaler Beziehungen nichts mehr im Wege.

Nach kurzen Bemerkungen einiger Senatoren wird die allgemeine Diskussion geschlossen. Der Senat vertagt die weitere Debatte.

Der Sachverständigenrat für Oberschlesien.

Floyd George drängt erneut nach schnellster Konferenzansprache.

Die endgültige Entscheidung des Obersten Rates über Oberschlesien wird durch die Verschleppungsversuche der Pariser Regierung immer weiter hinausgeschoben. Bekanntlich hatte Briand den sofortigen Zusammentritt der Boulogner Konferenz mit der Begründung abgelehnt, daß er zuvor der Kammer über die Londoner Beschlüsse Rechenschaft ablegen müsse. Die Kammerdebatte war noch nicht abgeschlossen, da machte die französische Regierung neue Schwierigkeiten. Briand erklärte plötzlich, die obereschlesische Entscheidung müsse erst durch Sachverständige besser geklärt und vorbereitet werden. Erst wenn diese Kommission ihren Bericht erstattet habe und die Ordnung in Oberschlesien einigermaßen wiederhergestellt sei, könne der Oberste Rat zusammentreten. Diesen Gesichtspunkt wurde durch Briand in einer Note Ausdruck gegeben, die dem englischen Botschafter in Paris überreicht wurde.

Die Zustimmung der englischen Regierung.

Trotzdem die obereschlesische Entscheidung dadurch abermals hinausgeschoben wurde, erklärte sich die Londoner Regierung grundsätzlich damit einverstanden, daß ein Sachverständigenausschuss damit betraut wird, Vorschläge für die Grenzführung in Oberschlesien auszuarbeiten. Der Bericht dieser Kommission solle den Friedensvertrag entsprechen, den Abstimmungsausfall sowie die geographischen und wirtschaftlichen Erwägungen berücksichtigen. Dieser Ausschuss müsse aber nach ihrer Auffassung in Oberschlesien selbst

seine Arbeiten betreiben. Der Ausschuss müsse von dem Obersten-Rat ernannt werden, der zu diesem Zweck noch in der laufenden Woche tagen und später eine zweite Sitzung abhalten wolle, um ein Urteil über die Maßnahmen zu treffen, die in Verfolg der Feststellungen der Sachverständigen erforderlich sein werden.

Auch die Boulogner Konferenz „nicht erforderlich“.

Nun, da England auf die Sachverständigenberatung eingeht, will man in Paris von dem neuen Stuhl der Sachverständigen in Oberschlesien nichts mehr wissen. Der englische Vorschlag wird in der Pariser Presse allgemein abgelehnt. Man sagt, die Entsendung der Kommission nach Oberschlesien sei überflüssig, man wisse doch schon alles über Oberschlesien, und zweitens würde die Ankunft einer neuen Kommission in Opatowitz notwendigerweise die Autorität der Interalliierten Kommission noch weiter vermindern, der es jetzt schon oft schwer fällt, sich Gehorsam zu verschaffen. Am ehrlichsten ist das „Echo de Paris“, das ohne jede Umschweife erklärt, Frankreich wolle keine Konferenz und keinen Sachverständigenrat, solange es nicht sicher sei, daß beide Oberschlesien an Polen geben.

Die amtliche französische Antwort auf Englands Entgegenkommen ist etwas vorsichtiger gehalten. Das meldet, man sei in Paris der Auffassung, daß eine Versammlung des Obersten Rates nicht erforderlich sei, um die Sachverständigenkommission zu bilden, die leicht von den Kausalien ernannt werden können. Wahrscheinlich wird die französische Antwort in diesem Sinne gehalten sein. Gleichzeitig wird die französische Regierung vorschlagen, dieser Sachverständigenkommission die Prüfung des italienischen Vorschlages über die Teilung von Oberschlesien zu überweisen.

Es ist die alte Verschleppungstaktik. Amtlich konnte die französische Regierung den Sachverständigenrat nicht mehr ablehnen, nachdem sie ihn selbst gewünscht hatte, man hält daher einfach die Konferenz für „nicht erforderlich“, die ihn ernennen sollte. Im Grunde genommen ist der Effekt der gleichen Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens soll eben hinausgeschoben, wenn nicht beseitigt werden.

Die deutsche Regierung gegen den Dreiteilungsplan.

Der englisch-italienische Vorschlag der Dreiteilung Oberschlesiens, der gegebenenfalls den Sachverständigenberatungen zu Grunde gelegt werden soll, ist nach Auffassung der deutschen Regierung für Deutschland völlig unannehmbar, weil nicht nur die Abstimmung, sondern auch die wirtschaftlichen und geographischen Momente zu unseren Gunsten sprechen und weil wir uns keineswegs damit einverstanden erklären können, daß ein großer Teil des Industriegebietes in den Händen der Interalliierten Kommission verbleibt und dadurch die wirtschaftlichen Ungleichheiten, die sich jetzt schon im Verkehr mit Oberschlesien ergeben, aber Gehärdt vergrößert werden. Die deutsche Regierung kann nach wie vor nur eine Abregelung auf Grund des Friedensvertrages anerkennen. Dieser spricht aber nichts von einer Dreiteilung Oberschlesiens.

Die Lage im Aufruhrgebiet.

Ankunft der Engländer in Opatowitz.

Der Hauptteil der englischen Truppen, die für Oberschlesien bestimmt sind, ist bereits in Opatowitz eingetroffen. Die Begrüßung der Truppen durch die Bevölkerung war freudig. Entgegen anderweitigen Gerüchten sind lediglich sechs englische Bataillone für Oberschlesien bestimmt, die allerdings über sämtliche Mittel der modernen Kriegsführung verfügen. Auch Kavallerie und Kraftfahrabteilungen sind bereits in Opatowitz eingetroffen.

Handgebungen für die Engländer und Italiener.

In den Aufruhrbezirken der Stadt Gleiwitz waren harmlose Spaziergänger von Insurgenten umgeben getroffen und getötet worden. Diese Nachricht erregte die Menge so, daß sie sich zusammenschloß und demonstrierend zum Ring zogen wollte. Ein englischer Kapitän, der immer wieder die Bevölkerung zur Ruhe mahnte, wurde mit Laub bekränzt und von den Deutschen auf den Schultern getragen. Ebenso erging es mehreren italienischen Offizieren, die auf den Schultern durch die Straßen getragen wurden. Die französischen Truppen nahmen dem herannahenden Demonstrationzug gegenüber eine Abwehrung vor. Sie fuhren zwei Panzerautos auf und bestückten den Ring mit Maschinengewehren. Die Menge ließ sich jedoch auch dadurch nicht schrecken, sondern zogen den Panzerautos mit ausgebreiteten Armen entgegen. Die Demonstration dauerte bis zum Abend und löste sich dann unter plötzlicher Beachtung des Sperrstunde des Belagerungszustandes auf.

Rißglatte polnische Angriffe.

An verschiedenen Stellen der obereschlesischen Front versuchten die Aufständischen den deutschen Selbstschutz über den Haufen zu rennen. Trotzdem sie ihren Angriffen durch Verwendung vonminen Nachdruck zu verschaffen bemüht waren, wurden sie überall mit großen Verlusten zurückgewiesen. Einige Teilerlöse der Polen werden gemeldet. Die Dörfer Walzen, Waghorn und Leschna sind nach Räumung der Polen wieder in deutschem Besitz. Der Bahnhof Jembowitz ist von den Aufständischen aufgegeben. Das Dorf Worowian wurde von den Aufständischen aufgegeben und von den Deutschen besetzt.

Korsantys für Einstellung des Kampfes.

Korsantys hat einen Aufruf an seine Banden erlassen, in dem er sie unter Androhung der ganzen Strenge des Kriegsgerichts zur Einstellung des Kampfes auffordert. Die kriegerische Aktion sei beendet, jetzt gelte es vor allem, die Früchte des polnischen Sieges dauerhaft zu machen.

Korsantys Aufruf wird wohl ungehört verhallen. In zahlreichen Bezirken hat die Leitung der polnischen Aufstandsbewegung schon längst die Führung aus der Hand verloren. Auch die Androhung kriegsgerichtlicher Beurteilung wird auf die Mordbanditen keinerlei Eindruck machen.

Oberst Percival's Rücktritt.

Nach einer Habasmebung aus London ist das

britische Mitglied der interalliierten Abstimmungs-Kommission in Oberschlesien, Oberst Percival, aus „Gesundheitsrücksichten“ zurückgetreten. Er wird durch Sir Harold Stuart, den ehemaligen Oberkommissar der interalliierten Rheinlandkommission, ersetzt. Die Beziehungen Percivals zum General De Rond waren seit langem die denkbar schlechtesten. In letzter Zeit fand eine Zusammenarbeit fast gar nicht mehr statt. Im übrigen ist der Rücktritt Percivals ein deutlicher Beweis dafür, wie scharf sich der englisch-französische Gegensatz in der Beurteilung der ober-schlesischen Frage ausgeprägt hat.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 1. Juni 1920.

Staatssekretär Freund ist von seiner Oberschlesienreise, auf der er die Wörungen der deutschen Grenzabsperrung gegen Oberschlesien feststellen sollte, zurückgekehrt und berichtet, daß die Absperrung der Grenze in vollem Umfange erfolgt und jeder unerlaubte Uebertritt unterbunden sei.

Durch Verfügung der Regierungskommission des Saargebietes ist die geistliche Schulaufsicht im Saargebiet aufgehoben worden.

Die Geschäfte der deutschen Friedensdelegation in Paris werden vom 1. Juni ab von der Votschaft übernommen.

Der neue amerikanische Votschafter für Berlin David Fahne Hill ist in Paris eingetroffen.

Die gegenwärtig in Berlin zwischen der Reichsregierung und dem Präsidenten des Saargebietes-Komitees stattfindenden Wirtschaftsverhandlungen dauern noch an, da sich Meinungsverschiedenheiten über einige Fragen zwischen den verhandelnden Parteien ergeben haben.

Der Abtransport der in Deutschland internierten russischen Staatsangehörigen ist jetzt in vollem Gange. Wenn sich keine Störungen im Abtransport der Internierten ergeben, hofft das Reichswehrministerium, diesen bis Mitte Juni zu beenden.

Die zweite Goldrate. Der Reparationskommission in Paris werden weitere 50 Millionen Goldmark in Devisen als zweite Anzahlung auf die Goldmark-Milliarden angeboten, so daß also insgesamt 200 Millionen Goldmark angezahlt sind. Für die restlichen 800 Millionen Goldmark sind der Reparationskommission 20 Stück Reichsmark mit dreimonatiger Laufzeit im Betrage von 200 Millionen Dollar zugestellt worden. Die französische Regierung hat sich das kindliche Vergnügen geleistet, die photographische Wiedergabe der Dollarwechsel der Pariser Presse zur Veröffentlichung zu übergeben.

Die Einwohnerwehrfrage in Bayern. Der bayerische Ministerpräsident v. Kahr hat am Dienstag im Staatshausauschuss des bayerischen Landtags die mit großer Spannung erwartete Erklärung über die Entlassung und Auflösung der Einwohnerwehr abgegeben. Er bezeichnete es als einen Widerspruch, wirtschaftliche Leistungen in dem verlangten Ausmaß zu fordern und gleichzeitig die Preisgabe der Selbstschutzeinrichtungen zu fordern, die die staatliche Ordnung garantieren, jene Ordnung, die solche wirtschaftlichen Leistungen möglich macht. Der Ministerpräsident erklärte dann, die bayerische Staatsregierung sei in Uebereinstimmung mit der Reichsregierung entschlossen, in Erfüllung des Ultimatums in der Entlassung der Einwohnerwehr das Möglichste zu tun, wobei die Termine tunlichst eingehalten werden. Dagegen habe sie sich nicht entschließen können, ihre bisherige Auffassung, daß die Einwohnerwehr nicht unter die Artikel 177 und 178 des Friedensvertrages und nicht unter das Gesetz vom 22. März 1921 falle, aufzugeben. Die Reichsregierung wurde gebeten, diese Auffassung den alliierten Mächten mitzuteilen und nach Möglichkeit zu vertreten. Diese habe sich dazu bereit erklärt. Je nach der Stellungnahme der Entente werde die Reichsregierung die weiteren Entscheidungen von sich aus treffen, wobei eine loyale Stellungnahme der Staatsregierung selbstverständlich sei. Dieser Standpunkt der bayerischen Regierung werde geteilt von der Einwohnerwehr, die der gegenwärtigen Regierung in Bayern absolut treu ergeben sei und die erforderlichen Maßnahmen von sich freiwillig vornehmen werde. Die Frist für die Ueberreichung der Liste der aufzulösenden Organisationen wird, wie halbamtlich verlautet, eingehalten.

Rundschau im Auslande.

Der polnische Staatspräsident Marschall Pilsudski hat das Rücktrittsangebot des Kabinetts Witos abgelehnt.

Die englische Regierung fordert in einer Note an die französische Regierung die Einsetzung eines Sachverständigen-Ausschusses, der sich in Oberschlesien an Ort und Stelle über die dortige Lage informieren soll.

Österreich: Das Endergebnis der Abstimmung in Salzburg.

Das endgültige Gesamtergebnis der Volksabstimmung in Salzburg beträgt 104 000 abgegebene Stimmen, davon 103 000 mit „ja“, 800 mit „nein“, 200 waren ungültig. Somit übersteigt die Wahlbeteiligung 90 Prozent aller Stimmberechtigten, davon stimmten beinahe 100 Prozent mit „ja“. Nach Tirol und Salzburg ist jetzt auch Steiermark endgültig entschlossen, zur Abstimmung über den Anschluß an Deutschland zu schreiten. Die Führer der drei Landtagsparteien in Steiermark haben beschlossen, ihren Parteilern zu empfehlen, die Anschlußabstimmung nach dem Muster von Salzburg am 3. Juli vorzunehmen.

Frankreich: Eine Votschaft Briands an Amerika.

Briand hat eine Votschaft an den amerikanischen Staatssekretär geschickt, worin er die Friedlichkeit Frankreichs betont und den Wunsch ausdrückt, die volle Frucht des Sieges der Alliierten zu pflücken. Auf die Träger amerikanischer Soldaten sind Kränze niedergelegt worden.

England: Der teure Völkerverbund.

Eine Kommission von britischen Sachverständigen hat soeben an die verschiedenen Regierungen ein Memorandum gerichtet, worin festgestellt wird, daß der Völkerverbund zuviel Geld kostet, öffentliche Gelder vergeude, seine Beamten zu hoch bezahle und sie ihre Befugnisse überschreiten läßt. Es wird empfohlen, eine gemeinsame Kommission zu gründen, aus der die Beamten des Völkerverbundes bezahlt werden sollen. Der Sitz des Völkerverbundes soll von Genf nach Brüssel, Fontainebleau, Turin oder Wien verlegt werden, da die Kosten

der Lebenshaltung sonst zu hoch sind. Dagegen sollen die Sachverständigen-Zusammenkünfte des Völkerverbundes in Genf abgehalten werden, wegen der zentralen Lage dieser Stadt.

Irland: Der Papst über Irland.

Der Papst hat dem irischen Weißen Kreuz die Summe von 200 000 Lire überreichen lassen zur Linderung der Not in Irland. Gleichzeitig beklagt der Papst seinen tiefsten Abscheu über alle Unbilden, Verwüstungen und Mordtaten, denen das arme irische Volk ausgesetzt sei; er würde es begrüßen, wenn die irische Frage durch den Willen der irischen Nation entsprechend durch eine Verständigung mit der britischen Regierung gelöst würde.

Das neue Finanzprogramm.

Die Vorschläge zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen.

Nach fast dreiwöchigen Pfingstferien hat der Reichstag am Dienstag seine Arbeiten wieder aufgenommen. Am Schlusse seines letzten Tagungsabschnittes hatte sich die Mehrheit des Parlamentes nach langwierigen entscheidungsschweren Beratungen zu der Annahme des Londoner Ultimatums entschlossen, jetzt hat er seine nicht minder schwere Aufgabe. Nunmehr muß er die Mittel und Wege finden, wie die durch das Ultimatum erzwungenen finanziellen Leistungen aufgebracht werden können. Die Reichsregierung hatte die Vorarbeiten für die bestehenden Verhandlungen sofort nach Abschluß der letzten Reichstags-tagung in Angriff genommen und wird voraussichtlich schon in den nächsten Tagen dem Parlament eingehende Vorschläge über die finanzpolitischen Mittel und Methoden unterbreiten, mit denen sie die ungeheure Aufgabe der Reparationsverpflichtungen zu bewältigen gedenkt. Ob der Reichskanzler Dr. Brüning in der Lage sein wird, in seiner bevorstehenden Programmrede nähere Einzelheiten über die Pläne der Regierung vorzulegen, ist noch fraglich, da eine endgültige Festlegung des Programms zur Zeit noch nicht erfolgt ist. Immerhin ist ein Teil der Berliner Presse in der Lage, über die Vorschläge und Anregungen vorläufige Angaben zu machen, die den Beratungen im Schoße des Reichskabinetts zu Grunde gelegt sind.

Bekanntlich besteht unsere Jahresleistung nach dem Ultimatum in einem beweglichen Teile, dessen Betrag durch die Höhe unserer Ausfuhr bestimmt wird, und in einer festen Jahreszahlung von zwei Milliarden Goldmark.

Die Quote von 26 v. H. der Ausfuhr

kann an sich durch eine Ausfuhrabgabe aufgebracht werden, die entweder gleichmäßig mit 26 v. H. bei jedem Export erhoben wird oder die verschiedenen Ausfuhrarten je nach ihrer Tragfähigkeit und ihrer wirtschaftspolitischen Bedeutung verschieden belastet. An Stelle der einheitlichen Ausfuhrabgabe würde, wie die „Post. Ztg.“ schreibt, im letzteren Falle ein gegliedertes System von Ausfuhrzöllen treten, das insgesamt den von der Entente geforderten Betrag von 26 v. H. des Ausfuhrwertes bringen muß.

Die zweite Aufgabe umfaßt die Bereitstellung

festen Annuität von 2 Milliarden Goldmark

und jener Summen, die für die Bestreitung anderer Kosten aus der Durchführung des Friedensvertrages — Befahrungskosten — und zur Befriedigung des noch vorhandenen inneren Defizits des Reichshaushaltes nötig sind. Im Schoße des Kabinetts sind zwei sehr verschiedene Pläne zur Debatte gestellt worden. Der eine will die neuen Lasten durch eine 20prozentige Besitzsteuerung aufbringen, also durch ein Art zweites Reichsnotopfer, durch eine Hypothek, die auf allen Besitz in Deutschland gelegt wird.

Der andere Vorschlag will das Problem durch eine Anzahl neuer Monopole und Steuern lösen. Man erwägt eine Ausnützung der Spannung des Kohlenpreises im Inlande und im Auslande. Des weiteren wird ein Zuckerraffinerie-monopol vorgeschlagen, ferner ein Saffran-monopol und eine Umgestaltung des Branntweinmonopols, die zu wesentlich höheren Erträgen führen soll. Des weiteren ist von einer Erhöhung der Körperschaftsteuer und der Nachlasssteuer die Rede. Man hat auch angeregt, den Satz der Umsatzsteuer zu verdoppeln. Ferner glaubt man durch eine wesentlich verschärfte Veranlagungskontrolle die Ergebnisse der Steuern, insbesondere der direkten, beträchtlich bessern zu können. Des weiteren wird man sich angeblich auf eine weitere erhebliche Steigerung der Post- und Eisenbahntarife gefaßt machen müssen, da nach Ansicht der maßgebenden Kreise die sehr erheblichen Milliardenzuschüsse zur Deckung der Verluste der Betriebsverwaltungen des Reiches unbedingt in Fortfall kommen müssen.

Der Ertrag aller neu geplanten Steuern wird jedoch niemals ausreichen, um die uns auferlegten Zahlungen an die Entente zu decken. Besten Falles wird die Zahlung der Entschädigungsrenten vor allen in Sachleistungen, also in Warenlieferungen und Arbeitsausführungen erfolgen, denn die Arbeit des deutschen Volkes ist in letzter Linie der Träger der ganzen Reparation.

Wie gesagt, handelt es sich vorläufig nur um Vorschläge zur Reparationsdeutung. Wie weit diese Anregungen im einzelnen verwirklicht werden können hängt von der Entscheidung des Reichskabinetts ab, das sich täglich mit der Reparationsfrage beschäftigt. Bis jetzt haben durch diese Beratungen noch keine klaren, festumrissenen Vorschläge festgestellt werden können.

Der dritte Prozeß.

Ein neuer Fall von Gefangenennüßhandlung.

Der dritte Kriegsbeschuldigtenprozeß hat am Dienstag vor dem Reichsgericht begonnen. Zu verantworten hat sich der Arbeiter Robert Neumann aus Gäßrow wegen Mißhandlung und Verleumdung englischer Gefangener im Lager zu Pommerensdorf in Pommern. Zur Stelle sind 14 Deutsche und 25 englische Zeugen. Eine Anzahl Engländer ist in London kommissarisch vernommen worden. Neben den englischen offiziellen Persönlichkeiten wohnen im Auf-

trage der französischen Regierung zwei französische Advokaten der Verhandlung bei. Der Angeklagte hatte in dem Lager Pommerensdorf gefangene Engländer, Franzosen und Serben zu bewachen. Es wird ihm zur Last gelegt, vom März bis Dezember 1917 englische Gefangene in einer Reihe von Fällen mißhandelt und durch Worte „Englische Schweinehunde“ beleidigt zu haben.

Im Prozeß gegen den Arbeiter Robert Neumann wegen Gefangenennüßhandlung erklärte der Angeklagte, die ihm zur Bewachung anvertrauten 200 englischen Gefangenen hätten schlecht gearbeitet und wären oft ausgetreten, lediglich um Zigaretten zu rauchen. Er als Wachmann habe deshalb vom aufsichtsführenden Unteroffizier Vorwürfe bekommen und dieser habe gesagt: „Wozu haben Sie denn Ihren Kolben?“ Infolge dessen habe er einige Male gegen Gefangene, die widerspenstig waren, von dem Kolben Gebrauch gemacht, um die Leute zum Gehorsam zu bringen. Bei Eintritt einer Nachtschicht hätten 24 Mann einfach die Arbeit verweigert. Der Unteroffizier habe darauf die Leute antreten und durch einen englischen Dolmetscher verschiedene Male ermahnen lassen. Nachdem sich der Unteroffizier bei dem vorgelegten Kommando Instruktionen geholt hatte, wurde ihm gesagt, er solle sich Respekt verschaffen und die Arbeit erzwingen. Darauf wurde den Wachmannschaften Befehl erteilt, die Gefangenen zur Arbeit zu bewegen. Hierbei seien einige Gefangene gestoßen und geschlagen worden.

Die Unparteilichkeit des Reichsgerichts.

Während ein Teil der englischen Presse erneut äußerst scharfe Kritik an den in Leipzig verhängten Strafen übt, hebt der aus Leipzig zurückgekehrte Generalstaatsanwalt, Sir Ernest Pollock, die Unparteilichkeit des Gerichtshofes hervor. Zahlreichen Unterhausmitgliedern, die der Ansicht waren, daß die in Leipzig gefällten Urteile vollkommen unzulänglich seien, sagte er, daß die Verhandlungen gerecht geführt wurden. Er erklärte, er betrachte die moralische Wirkung der Leipziger Prozesse als äußerst günstig.

Nachprüfung der Leipziger Urteile durch die Alliierten.

Im Unterhause erklärte der Attorney-General Sir Gordonewart, es liege kein Grund vor, daran zu zweifeln, daß nach Abschluß der gegenwärtigen Reihe der Kriegsbeschuldigten-Prozesse alle erheblichen Fragen einschließlich der gefällten Urteile von den in Betracht kommenden Mächten geprüft werden würden.

Die nächsten Kriegsprozesse.

Nach Abschluß der Verhandlungen gegen den Arbeiter Neumann wegen Gefangenennüßhandlung folgt am 4. Juni der Prozeß gegen den Kapitänleutnant Karl Neumann wegen Verletzung eines Hospitalpflichtes, am 8. Juni das Verfahren gegen den Feldpostbeamten Hamdohr, der einer angesehenen Leipziger Familie entstammt, wegen Erpressung von Neugenaussagen. Am 15. Juni schließt sich der Fall des Majors Grunus-Torgau an, dem vorgeworfen wird, daß er Gefangene habe erschlehen lassen. Damit wird verbunden sein der Fall des Generalleutnants Stenger, der den Befehl gegeben haben soll, keine Gefangene zu machen.

Der Herr des Todes.

Roman von Karl Rodner.

(12. Fortsetzung.)

Berez Herrera sah mit ernsten, forschenden Augen auf sie, auf dieses seine durchdringende Gesicht, das so gar keinen inneren Zusammenhang mit der Umgebung hier zu haben schien. Er dachte: Ist sie anders? Erscheint sie mir nur anders? Er empfand wieder ein seltsames Ergriffenheit. Ein ungewohntes, engendes Gefühl kam über ihn, etwas, das ihm die Sicherheit und überlegene Kälte nahm. Und wieder stoh er davon in die scharfe, ablehnende Steppis, mit der er allen Frauen und allen Frauenfragen gegenüberstand — Und sah dann wieder diese hier und wußte, wie er sich auch spöttisch wehrte, die war anders. In der Hand etwas, das noch vor dem Leben steht und seine kalte Härte ahnt und ahnend flüchtet. Etwas, das einfaß ist und jaghaft umfließt, ob nicht einer komme, der ihn sagt: Komm her — ab mir die Hand — hier sei dein Platz. Hier sollst du ruhig sein und flüchten du blühen —

Sie aber mochte fühlen, daß sein Blick nun weid und teilnehmend auf ihr lag, denn sie erdte und schob diese Versunkenheit von sich und redete rascher als vorher: „Ain, ich bin Herrin Posorny für alles was er bisher für mich getan hat, auch wirklich dankbar — und schließlich wird ja wohl auch alles werden müssen, wie er will — aber das, was er als „Material“ bezeichnet —“

Herr Posorny Posorny schlug die kurzen Hände schallend über dem Leib zusammen.

„Also, bitte — Hauptfach“ ist doch, daß Publikum haben will! Alles andere ist, bitte, absolute Unfinn! Und ewiger Geschwätz von „Kunst“! Was ist Kunst? Aufmachung! Aufmachung ist Kunst! Wann ich sag', ich hab' ich Bild für Material, fu heißt: ich weiß ich, bei richtige Aufmachung kann ich Schtäger machen! Kann ich aus Brotnummer Spezialität machen!“ Er wandte sich an Herrera. Seine Arme fuhrmerkten in der Luft herum, seine kleinen Neugelein sprühten. „Ehau'n S' Ihne an die Miß: ganz klane Person, wiegte lane hundert Fund mittelsamt Kilde! Hat Figur wie zarteste Kind! Anderer sagt vielleicht: Is' nig für Manege! Soll sie versuchen bei Baritee — vielleicht auf Drahtseil! Ich sag' ich: Justament! Also bitte: sey ich ihr auf riefte Vpizaner „Falko“ — Schwarze, ganz enge Reitleid auf schwere schneeweiße Schimnel, was von allankig geht. Also wer hat Erfolg. Kunst oder Aufmachung? Aber is' noch gar nig! Kriegt sie — wenn sie vernünftig — für Petersburg prachtvolle Wapphengst mit flebzehnhalb Faust hoch und weiße Dreß! Wird sein, als ob klane Kind da auf schwarze Telfel arbeitet —!“ Er blinzelte sch'au. „Und ich kenn ich russische Kavaliere! Die schenken's nur soo Brillanten als wie hier oieilech! Eherkufstetel oder Kunst in Blumeusträugel! Die machen's mit Irische Gedichte von Herz und Schmera und so!“

Wittan Kuffel sah, während der Impresario so sprach, mit einem ruhig ablehnenden Ausdruck zu Boden. Ihre Brauen waren zusammengeschoben, und ihre Lippen freizulassen immer wieder über den braunen Sand. Jetzt, da er schweigend und triumphierend um sich blickte, auf sie und auf Herrera und wiederum auf sie, nestelte sie an dem Gürtel, sah auf die kleine Uhr, die sie da trug, und streifte den braunen Handschuh von ihrer Rechten. Ihre Stimme klang, als hätte sie von all dem, was Boleslaw Bokorny soeben mit vor Andacht und Begeisterung kippender Stimme erzählt hatte, gar nichts gehört.

„Ich will gehen —“, sagte sie. Dabei wandte sie sich mehr an Herrera mit diesen Worten. „Auf Wiedersehen, Señor!“ Ihre Augen trafen ihn voll, und etwas wie ein stiller Dank lag in ihnen. Sie streckte ihm die Hand hin — eine schmale, feingliedrige Hand, um die sich eine feste, ausgearbeitete und doch gepflegte Rechte legte.

Selbstsam lang blieben sie dann so. Er fragte ruhig, einfach: „Sie kleiden sich jetzt um, Miß Kuffel, und ich habe inzwischen noch mancherlei Geschäftliches hier zu besprechen — aber auch das hält mich nur Minuten auf. Darf ich Sie dann ein Stück auf Ihrem Weg begleiten?“

Herrn Boleslaw Bokornys kleine Schweinsäuglein blinzelten listig. Am liebsten hätte er Perez Herrera auf die Schulter geklopft. Und er hatte auch schon den Arm dazu erhoben — aber dann fühlte er davor doch etwas wie eine peinliche Hemmung, und so tat er, als hätte er sich nur die Hände reiben wollen, und sagte:

„Also famoso is' — reden S' Müdel bissele zu — Ihr Bild kann werden, wenn's vernünftig is'!“

Keines von den beiden nahm Notiz von diesem Tun und diesen Worten — das ging vorbei an ihnen, so, als wäre es niemals gewesen.

Wittan Kuffel hatte sekundenlang überlegt. Eine leise sorgende Spannung, ein unruhiges Fragen war in ihren Blick getreten, wie Herrera zu ihr gesprochen hatte, dann war das rasch verschwunden. Nun nierte sie ihm mit einem klaren vertrauensvollen Lächeln zu.

„Gerne — und ich freue mich darauf. In zehn Minuten längstens bin ich wieder hier.“

Sie drückte ihm noch einmal rasch die Hand, griff ihren Reitrod auf und ging leicht und eilig den Seitengang entlang in der Richtung nach ihrer Garderobe.

Herr Boleslaw Bokorny sah ihr mit vergnügtem Nicken nach. Doch wie er sich umwendete und dieses lähl ablehnende geschäftsmäßige Gesicht Perez Herreras

sah, hatte er mit einem brunnentiefen Seufzer seine Lippen und mit verschmutzten Fingern vollgepropte Brieftasche hervor und begann da herauszulassen, was er dem andern an Offerten und Korrespondenzen zu unterbreiten hatte.

„Also kurz fragte noch amal, ob S' nit wull'n machen in Oktobe vierzehn Tag Hamburg. Offeriert er zehntausend Mark... Wär doch ganz schön?“

Herrera schüttelte kaum merklich den Kopf. Seine Augen sahen gleichgültig an dem andern vorbei und ruhten irgendwo auf diesem erbsärbaren Braun der großen Schutzdecken, die rings um die Manege über die aufsteigenden Reihen der Sitzplätze gebreitet waren und so dieses Amphitheater wie eine große Kadrenbahn erscheinen ließen.

„Unter siebentausend für die Woche brauchen Sie mir überhaupt nichts vorzuschlagen — das sagte ich doch schon. Tausend Mark für den Abend ist das mindeste. Zudem: Sie wissen, im Oktober bin ich nicht mehr frei. Am ersten Fahre ich, und am achten beginne ich mit meiner Arbeit in Neuyork.“

Boleslaw Bokorny zog das kleine Köpfchen ein.

(Fortsetzung folgt.)

Druckmaschinen für die Industrie druckt Carl Jehne

Letzte Nachrichten.

Der französische Kriegsminister inspiziert die Rheinarmee. Paris, 31. Mai. Kriegsminister Barthou wird heute Paris verlassen und sich nach Mainz begeben. Er wird von dem Chef des Generalstabes Darat und seinem Generalintendanten Rimbart begleitet sein. Barthou wird durch Augenschein sich von der Lage der Rheinarmee überzeugen.

Die Entente läßt sich Zeit.

Berlin, 31. Mai. Die deutsche Regierung hat am 20. d. Mts. an die Entente eine Note gerichtet, in der sie über das Ausbleiben jeder Kohlenlieferung aus Oberschlesien klagt. Darauf ist noch keine Antwort eingegangen, obwohl um schnelle Erledigung gebeten wurde.

Das Schicksal ex-deutscher Dampfer.

Ein Mitarbeiter schreibt der Münchner Korrespondenz „Jar“ aus Brasilien: Die Portugiesen und Brasilianer haben wenig Glück mit ihren ex-deutschen Dampfern. Fünf davon sind die letzten beiden Monate abgegriffen, von dreien fehlt jede Spur, anscheinend sind sie mit Mann und Maus untergegangen. Unser großer „Vaterland“ liegt übrigens

immer noch vor Neuyork. Die Wachmannschaft ist der vielen Ratten wegen nicht einmal mehr ihres Lebens sicher. Was haben sie alle davon? Nichts. Sie fahren meist halb leer hin und her. Also nur Verlust. Wenn Deutschland nicht wieder in den Welthandel eingeschlossen wird, geht es ihnen allen noch schlecht.

Kurszettel.

Mitgeteilt vom Chemnitzer Bank-Verein, Zweigstelle Dippoldiswalde.				
Staatspapiere. Kurs vom 28. 5. 21.				
3 1/2%	Deutsche Reichsanleihe	72,12	71,25	
4 1/2%	„	68,—	68,—	
4 1/2%	„	77,50	75,75	
5	„	77,37	77,375	
3	Spanische Anleihe	85,12	85,50	
3	Schlesische Anleihe	58,25	58,—	
3 1/2%	Schlesische Staats-Anleihe von 55 à 100 T.	85,—	85,—	
3 1/2%	„	84,—	84,—	
4	„	75,—	75,125	
3 1/2%	Bundesanleihe-Renten-Scheine	87,—	87,—	
4	„	—	—	
4	„	96,50	96,50	
3 1/2%	Preussische Anleihe	55,50	55,125	
3 1/2%	„	60,50	59,25	
4	„	60,50	60,25	
Bank-Wellen.				
3	Bankwirtsch. Kredit-Anst. Bftr.	83,—	83,—	
3 1/2%	„	89,50	89,50	
4	„	103,50	103,25	
3 1/2%	Bankwirtsch. Kredit-Anst. Bftr.	80,—	81,—	
4	„	96,87	97,—	
Bank-Wellen.				
3	Wilmersloh Deutsche Kredit-Anstalt Bftr.	196,—	195,75	
3	Chemnitzer Bank-Verein	200,25	201,25	
3	Commerz- und Privatbank	205,—	208,—	
3	Deutsche Bank	306,—	307,—	
3	Dresdener Bank	227,—	225,—	
3	Elbscher Bank	196,—	196,—	
3	Sächsische Bank	255,—	251,25	
Devisenkurse				
Berlin, telegraphische Kurs-	28. 5.	28. 5.	31. 5.	31. 5.
zahlung auf:	Gold	Wief	Gold	Wief
Holland	100 Gulden	2105,30	2109,75	2109,70
Dänemark	100 Kronen	1107,35	1109,05	1110,15
Schweden	100 Kronen	1437,55	1440,45	1442,05
Norwegen	100 Kronen	951,50	953,50	964,—
Schweden	100 Kronen	126,60	126,60	127,40
Schweden	100 Kronen	1098,90	1101,10	1098,90
Wien (alte)	100 Kronen	—	—	—
Wien (alt-öster.) abgefl.	100 Kronen	15,08	15,12	14,83
Wien (alt-öster.) abgefl.	100 Kronen	90,50	90,70	91,50
Wien (alt-öster.) abgefl.	100 Kronen	23,67	23,73	26,78
Spanien	100 Peseten	813,15	814,85	819,65
Brasilien	100 Reales	519,35	520,55	519,45
Indien	100 Rupees	330,65	331,35	328,65
London	1 Pfund Sterling	242,875	243,375	244,25
Neuyork	1 Dollar	62,305	62,445	63,18
Paris	100 Franc	520,95	522,05	519,45

Hermisdorfer Weißkalk
wieder eingetroffen
Braune, am Bahnhof.

Warnung!
Warne jedermann, meinem Sohne Rudolf etwas zu borgen.
Gustav Schreier, Schmiedeberg.

Sommerproffen,
alle Fleden im Gesicht befeuchtet
purios Creme „Obin“. Zu hab.
bei Herrn. Sommerhoff, Drogerie
zum Elefanten, Dippoldiswalde,
und bei Herrn. Herrmann, Drog.
zum Kreuz, Schmiedeberg.

Runkelpflanzen
hat abgegeben
Geisigut Kippen.

Dachpappe,
Bedenrohr, Nägel, Senfen, Denge-
hammer, Dengelambdichen, Weh-
steine, Sägein, Spaten, Hacken
empfehl't billigst
Carl Hegner.

Rübenpflanzen
hat abgegeben
Hermann Schanze,
Gombjen, Post Aretzka.

Rübenpflanzen
verkauft vom 2. Juni ab
Nitttergut Rath-Dresden.
Telephon Amt Dresden 20784.

15 junge Kaninchen,
Stadt 2,50 M., zu verkaufen in
Geisigsdorf 471.

Ein Abjaktfohlen,
Hengst, 13 Wochen alt zu ver-
kaufen in Reinholdsdorf 30b.

2 Schäferhunde,
7 Wochen alt, Stück 150 Mark,
zu verkaufen in
Ripsdorf 26a.

Rübenpflanzen
gibt ab Reinhard Hauptmann,
Geisigsdorf.

Junge Gänse
verkauft **Scholl, Glönd.**

Jüngerer Hausdiener
sofort gesucht.
Hotel „Stadt Dresden“.

Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene.
Donnerstag Punkt 8 Uhr
Versammlung
im Suthaus.
Einzelverband,
Ortsgruppe Dippoldiswalde.

Bruchfranke
können auch ohne Operation
u. Berufshilfe geheilt werden.
Nächste Sprechstunde in Dresden,
Büttchauerstr. 29, bei Paul, am
7. Juni 1921 von 10—1 Uhr.
Dr. med. Laabs,
Spezialarzt für Bruchleiden,
Berlin W.35, Potsdamer Str. 102.

Ein oder zwei Mädchen
für Haus und Küche auf größeres
Gut für sofort gesucht. Angebote
mit Lohnansprüchen unt. „E. S.“
an die Geschäftsstelle.

Schirme
werden in eigener Werkstatt
sachgemäß repariert und neu be-
zogen. Auswahl in Griffen,
Stöcken und Stoffen.
Carl Reichel
Schirmspecialgeschäft,
am Markt 21.

Auf dem Wege von Fleischer-
meister Degler nach Obercarsdorf
sind ein Paar Lamschafe ver-
loren gegangen. Abzugeben in
Obercarsdorf Nr. 11.

Zugochse,
(Eimmentaler), ca. 9 Zentner
schwer, starker und flotter Ein-
spanner, verkauft
Dr. Scheumann, Ruppendorf.

Gut erhalten
Kastenwagen,
70—80 Zentner Tragkraft, zu
kaufen gesucht. Offerten unter
„K. B. 16“ an die Geschäftsstelle.

Lanzwaren
liefert
Carl Jehne

Auktion.

Sonnabend den 4. Juni 1921 vormittags 9 Uhr gelangen im
Schützenhaus Dippoldiswalde folgende Gegenstände: 1 Strid- und
1 Plattmaschine, 1 großes und kleines Kino, 1 Ziehharmonika,
1 B. Dilton mit Rollen, 1 Rinder-Karussell (für Ausflugsorte passend),
Senfen, Schaafe, Farben, Seifenpulver, Soda, Gewürze, Schulbücher,
großer Transport versch. Karten, Briefpapier, Bärten, elektr. Birnen,
2 1/2 Zentner Tüten u. a. m. zur Versteigerung.
Reichshub, Lokalrichter.

Bruchleidende

bedürfen kein sie schmerzhaftes Bruchband mehr, wenn sie mein in
Größe verschwindend kleines, nach Maß und ohne Feder, Tag und
Nacht tragbares, auf keinen Druck, wie auch jeder Lage und Größe
des Bruchleidens selbst verstellbares, konfurrenzlos dastehendes,
ärztlich empfohlenes

Universal-Bruchband

tragen, das für Erwachsene und Kinder, wie auch jedem Leiden
entsprechend herstellbar ist. Mein Spezialist ist zu sprechen am
Sonnabend den 4. Juni morg. von 9—3 Uhr
in Hainsberg (Gasthof Hainsberg),
Sonntag den 5. Juni morg. von 9—12 Uhr
in Dippoldiswalde (Bahnhof),
Montag den 6. Juni morg. von 9—3 Uhr
in Rabenau (Hotel zum Ratskeller)
mit Mutter vorerwähnter Kinder, sowie mit ff. Gummi- und
Feder-Bänder neuesten Systems, in allen Breitenlagen, anwendend.
Mutter in Gummi-, Hängeloid-, Leib-, Umstands-,
Muttervorfal- und Mastdarmpfalf-Bindern, wie auch
Geradehalter, Krampfaderrumpfe u. Sponsoren
liegen zur Verfügung. Neben sachgemäßer Verfertigung auch gleich-
zeitig streng diskrete Behandlung. Anerkennungs schreiben liegen zur
Verfügung.

Ph. Steuer Sohn, Spezial-Bandagen- und Ortho-
pädie-Fabrikation, Konstanz
in Baden, Weissenbergstraße 15/17. Telephon 515.

Darlehns- und Sparkassenverein
Johnsbach, e. G. m. u. H.
In bez. in Nr. 124 veröffentlicht Bilanz muß es selbstverständlich heißen:
31. Dezember 1920.

Blitzableiter-Neuanlagen

Artur Bieberstein,
Dippoldiswalde, Altenberg, Str. 181

Mauerziegel

Ziegelei Hirschbach.
Paul Sawedler

Herren- und Damenrad
billig zu verkaufen. **Herm. Voigt,** Gerberplatz 218,
Telephon 221.

Für die uns anlässlich unserer Hochzeit in so
reichem Maße dargebrachten Glückwünsche und Ge-
schenke sagen wir herzlichsten unseren
herzlichsten Dank.

Schmiedeberg, den 28. Mai 1921.
Alfred Seidel und Frau
nebst Eltern.

Für die anlässlich unserer
Silberhochzeit
dargebrachten Glückwünsche und Geschenke
sagen wir allen unsern herzlichsten Dank.
Ruppendorf. **Oswald Hoffert und Frau.**

Für die uns zu unserer
Silberhochzeit
dargebrachten zahlreichen Glückwünsche und Geschenke
sagen wir allen unsern herzlichsten Dank.
Max Reichel und Frau,
Reichstädt.

Ein neues Herren- u. Damenrad
für 275 bis 350 M. erhalten Sie nirgends, aber dafür
Neu wie neu vernischt u. emailliert in der mechanischen Werkstatt und
Emaillier-Anstalt **Beyer & Koch, Altenberg, Str. 185.**

Die Beerdigung unseres lieben Entschlafenen findet
Donnerstag nachm. 4 Uhr von der Halle aus statt.
Familie Seidel.

Allen lieben Verwandten und Bekannten die
traurige Nachricht, daß wir unsern lieben, einzigen
Sohn und Bruder
Arno Heymann
am 31. Mai geborgen haben. Er soll am 4. Juni
nachm. 1/4 Uhr zur ewigen Ruhe bestattet werden.
Dippoldiswalde, den 1. Juni 1921.
In tiefer Trauer: **Familie Arthur Heymann.**